

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 43 (1996)
Heft: 6

Artikel: Friede ist eine Aufgabe aller Politikbereiche
Autor: Münger, Hans Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368773>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die 5. Gerzensee-Tagung der ZGV stand unter dem Titel «Durch Sicherheit zum Frieden»

Friede ist eine Aufgabe aller Politikbereiche

JM. Welche Bedeutung kommt der Entwicklungspolitik und der Mitwirkung in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Rahmen der schweizerischen Sicherheitspolitik zu? Mit dieser Frage beschäftigten sich Frauen aus Politik, Verwaltung und Frauenorganisationen an der 5. Gerzensee-Tagung der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) am 6. Mai 1996.

Die Teilnehmerinnen (und die wenigen Teilnehmer) an der Tagung waren sich einig, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die verschiedenen Bereiche der OSZE (Sicherheit, Wirtschaft, Menschenrechte) zentrale Elemente der Friedenspolitik darstellen. Breite Übereinstimmung herrschte auch darin, dass für einen dauerhaften Frieden alle Instrumente der Sicherheitspolitik von der Aussenpolitik bis zur Militärpolitik eng zusammenwirken müssen.

Dr. Christina Bürgi vom OSZE-Dienst des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) befasste sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der OSZE, die dieses Jahr unter Schweizer Vorsitz steht. Durch das seit 1994 in der OSZE diskutierte Sicherheitsmodell für Europa im 21. Jahrhundert, das nicht nur militärische, sondern auch soziale und ökonomische Faktoren enthält, sei die OSZE langfristig die entscheidende Sicherheitsorganisation. Sie könnte nach Meinung der

Diplomatin sogar die Nato überflüssig machen, deren Osterweiterung mit zahlreichen Problemen belastet sei. Als Hauptgrund für diese positive Beurteilung nannte die Referentin die Tatsache, dass nur dieses Modell die Möglichkeit biete, Russland einzubinden. Die Stärke der OSZE liege im präventiven Bereich, der stark auszubauen sei. Ein besonderes Anliegen der OSZE seien die Rechte der Minderheiten. Dr. Andri Bisaz von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des EDA beleuchtete die sicherheits- und friedensfördernde Funktion der Entwicklungszusammenarbeit. Der Beitrag der Entwicklungspolitik zur Sicherheitspolitik bestehet vor allem darin, dass sie die Wahrscheinlichkeit gewaltssamer Konflikte verringert, indem sie freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse fördert, die Lebensbedingungen verbessert, die soziale Gerechtigkeit erhöht, die Umwelt schützt und damit die politische Stabilität stärkt. Ausgehend vom Nord-Süd-Bericht des Bundesrates von 1994 forderte er eine bessere Koordination zwischen der Entwicklungspolitik und den diplomatischen und militärischen Mitteln der Sicherheitspolitik sowie eine grössere Kohärenz der schweizerischen Politik, die alle Politikbereiche (Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Migrationspolitik usw.) miteinander verknüpft und Widersprüche zwischen kurzfristigen nationalen Eigeninteressen und den Zielen der Entwicklungspolitik sichtbar macht. Leider seien ethische Argumente immer noch oft schwächer als materielle Argumente.

In fünf Arbeitsgruppen unter Leitung von Rahel Bösch, Bosnien-Informationsstelle, Dr. Tildy Hanhart, HEKS, Verena Doelker, Schweizer Fernsehen, Annamaria Minder, CVP Schweiz, und Marie-Benedikte Erni, OSZE-Mission in Mostar, vertieften die Teilnehmerinnen die innen- und aussenpolitischen Aspekte der Thematik.

In der Diskussion unter Leitung der Soziologin Prof. Dr. Ruth Meyer Schweizer, Präsidentin des Ausschusses Frau und Gesamtverteidigung, wurde nochmals betont, zur Friedensvorsorge und -erhaltung sei ein Zusammenspiel aller Politikbereiche unerlässlich. Brigadier Johanna Hurni schlug eine «Friedensverträglichkeitsprüfung» für alle Handlungen der Gemeinschaft und des einzelnen vor.

Wiederholt wurde auf die Rolle der Information als Prävention hingewiesen. Eine Erhöhung der sozialen Kompetenz, insbesondere eine Stärkung des Bewusstseins für aussenpolitische Zusammenhänge sei dringend nötig. Verena Doelker wies als Delegierte für Bildung des Schweizer Fernsehens auf die Möglichkeiten des vernetzten Europa und die Notwendigkeit einer umfassenden Friedenserziehung durch alle alten und neuen Medien hin. Möglichst viele Menschen sollten Zugang zu den Informationen erhalten («Access für alle»). In ihrem Schlusswort appellierte Ruth Meyer Schweizer an die Verantwortung jedes einzelnen und im besonderen der Frauen. Die internationale Zusammenarbeit sei so gross geworden, dass wir alle eine Verantwortung nicht nur nach innen, sondern auch nach aussen haben.

OSZE

Ursprünglich als eine Folge von Konferenzen, Expertentreffen und Seminaren geschaffen, konstituierte sich die KSZE erst nach dem Ende des kalten Krieges mit der Charta von Paris (1990) als eine feste Institution. Da sich diese in der Folge als zu schwach erwies, um die neuen Herausforderungen in Europa zu bewältigen, wurden ihre Strukturen seither merklich verstärkt. Am Gipfeltreffen in Budapest (1994) beschlossen die Staats- und Regierungschefs eine weitere Verstärkung der KSZE, die auch in der seit dem 1. Januar 1995 gültigen Neubezeichnung «Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (OSZE) zum Ausdruck kommt.

